

# Meine Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

die letzten Tage haben es einmal mehr gezeigt: die Beziehungen in der EU werden brüchiger, die alten Bande infrage gestellt. Umso wichtiger ist es, dass wir die Partnerschaften zu unseren Anrainerstaaten pflegen und verfestigen. Mit einem Dringlichkeitsantrag haben wir uns diese Woche im Plenum dafür eingesetzt, **die partnerschaftlichen Beziehungen zwischen der Tschechischen Republik und Bayern zu vertiefen**. Dafür gibt es gleich mehrere Gründe: Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit ist unablässig bei der Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität – Drogendelikte, Menschenhandel und illegale Prostitution im Grenzraum lassen sich nur gemeinsam lösen. Außerdem ist Tschechien unter den mittel- und osteuropäischen Ländern der wichtigste Handelspartner Bayerns. Auch wenn die Wirtschaftszusammenarbeit bereits auf sehr hohem Niveau stattfindet, gibt es noch erhebliches Potential für bilaterale Projekte – gerade im Bereich der Forschung und Entwicklung. Indem sich grenzübergreifende Modellregionen verstärkt innovativen Forschungszweigen widmen – etwa der Robotik oder dem Projekt ‚smart regions‘ –, könnte der bayerisch-böhmische Wirtschaftsraum nachhaltig gestärkt werden. Wichtig ist auch die Weiterentwicklung der gemeinsamen Infrastruktur. Wir werden uns bei der deutschen Bundesregierung weiter mit großem Nachdruck dafür einsetzen, dass die dringend notwendigen Streckenausbauten forciert und umgesetzt werden. Bund und Bahn stehen seit 1995 in der Pflicht, die Schnellbahnstrecke von München über Regensburg nach Prag zu realisieren – inklusive eines dafür notwendigen Ausbaus des Regensburger Schienenkreuzes. Auch im Bildungsbereich sehen wir große Chancen: Bilinguale Kinderkrippen, Tschechisch als Schulfach und die Belebung von Städtepartnerschaften könnten der Partnerschaft zwischen Bayern und Tschechien neue Impulse geben.



Eingesetzt haben wir uns diese Woche auch für diese Themen:

- Rekordinvestitionen in gleichwertige Lebensverhältnisse
- Technologietransferzentren im Allgäu
- Erhöhung der Haushaltsmittel für den Synagogenbau
- Stärkung des Prüferehrenamts
- Straßburg statt Brüssel als alleiniger Standort des Europaparlaments

## R ü c k b l i c k

Rekordhaushalt, finanzpolitische Stabilität, Schuldentilgung statt Neuverschuldung: Gemeinsam mit unserem Koalitionspartner haben wir einen Haushalt aus einem Guss erarbeitet. Gerade beim Wechsel von der Opposition in die Regierungsverantwortung war es uns FREIEN WÄHLERN wichtig, dass der Doppelhaushalt 2019/2020 unsere Handschrift trägt. Und wir haben geliefert: **Rekordinvestitionen in gleichwertige Lebensverhältnisse**. So viel Geld für die Kommunen wie noch nie. Stärkung aller Familien – gerade auch derer, die als Mittelschicht das Rückgrat unserer Gesellschaft bilden. Das ist unser Markenzeichen; damit unterscheiden wir uns klar von bloßer Umverteilungspolitik, wie sie insbesondere von Rot-Grün propagiert wird. Ein besonderes Anliegen war uns außerdem eine saubere Lösung für den Wegfall der Straßenausbaubeiträge und für das Problem der Ersterschließung alter Straßen. Wir sind den Christsozialen dankbar, dass sie mit uns gemeinsam einen Anlieger- und kommunalfreundlichen Weg gehen, obwohl sie am Anfang von der Abschaffung der Strabs nicht überzeugt waren. Das Ergebnis: Die Kommunen erhalten mehr Geld vom Freistaat, als sie in der Vergangenheit von den Bürgern eingenommen haben. Damit können sie auch die noch nicht ersterschlossenen alten Straßen herstellen, ohne ihre Bürger zur Kasse bitten zu müssen.

Trotz Rekordausgaben setzen wir mit dem Doppelhaushalt 2019/2020 kräftige Akzente in den bayerischen Regionen: Gemeinsam mit unserem Koalitionspartner haben wir mehrere **Haushaltsanträge zu den Technologietransferzentren (TTZ) in Kaufbeuren, Memmingen und Sonthofen** gestellt. Dabei ist es uns gelungen, die Finanzierung und somit die schnelle Realisierung eines neuen Technologiezentrums Industrie 4.0 der Hochschule Kempten am Standort Sonthofen zu sichern. In Memmingen soll eine Hochschul-Zweigstelle entstehen und in Kaufbeuren erhält das bestehende TTZ eine völlig neue Ausrichtung als Kompetenzzentrum für digitale Zerspanung. Die Oberbürgermeister von Kempten, Kaufbeuren, Memmingen und Sonthofen, die heimische Wirtschaft und auch die Menschen in unserer Hightech-Region können sich berechnete Hoffnungen machen, schon bald von der Technologie-Förderung zu profitieren. Der Landtag wird diese Initiativen bei den Haushaltsberatungen mindestens mehrheitlich unterstützen.

Außerdem wollen wir **die staatlichen Mittel für den Synagogenbau erhöhen** und haben auch dazu einen Antrag in den Doppelhaushalt 2019/2020 eingebracht. Geht es nach uns FREIEN WÄHLERN, soll mit dem zusätzlichen Geld die beim Neubau der Regensburger Synagoge entstandene Kostenmehrung gedeckt werden. Denn mit dem Neubau der Synagoge ist für die jüdische Gemeinde in Regensburg ein langer gehegter Wunsch in Erfüllung gegangen. Die ursprüngliche Synagoge war 1938 in der Reichspogromnacht bereits zum zweiten Mal in der Stadtgeschichte zerstört worden. Nun ist an gleicher Stelle nicht nur ein neues Gebetshaus geschaffen worden, sondern auch ein Ort der Mahnung und des Gedenkens, der die Erinnerung an die jahrhundertelange Verfolgungsgeschichte der Menschen jüdischen Glaubens auch in Regensburg wachhalten soll. Zudem wird die neue Synagoge auch ein Ort der Begegnung für die Stadtgesellschaft sein. Deshalb wollen wir uns dafür einsetzen, dass der Freistaat die jüdische Gemeinde in Regensburg finanziell unterstützt. Eine teilweise Übernahme der entstandenen Mehrkosten wäre ein wichtiges politisches Signal, dass wir das wachsende jüdische Leben in Regensburg unterstützen und mitgestalten möchten. Zudem wäre die Kostenübernahme ein wichtiger Schritt im Prozess der

Aufarbeitung und Wiedergutmachung geschehenen Unrechts sowie in eine gemeinsame geschwisterliche Zukunft.

Eingesetzt haben wir uns diese Woche auch für eine **Stärkung des Prüferehnamts**. Derzeit erarbeitet die Bundesregierung ein neues Berufsbildungsmodernisierungsgesetz – kurz BBiMoG – , um die duale Berufsausbildung fit zu machen für die Herausforderungen der Zukunft. Allerdings enthält der Gesetzentwurf bislang keine Möglichkeit, Prüfungsteilleistungen auf nur zwei statt bislang drei ehrenamtliche Prüfer zu delegieren. Ehrenamtliches Engagement von Bürgerinnen und Bürgern ist für uns FREIE WÄHLER eine wertvolle gesellschaftliche Ressource. Wir wollen das Ehrenamt würdigen und Engagierte so wenig wie möglich belasten. Deshalb haben wir uns im Plenum mit einem interfraktionellen Dringlichkeitsantrag dafür eingesetzt, den Referentenentwurf zum BBiMoG entsprechend anzupassen. Schließlich spielt das Prüferehnamts eine zentrale Rolle bei der Beendigung einer Berufsausbildung. Mehr als 150.000 ehrenamtliche Prüferinnen und Prüfer nehmen allein bei den Industrie- und Handelskammern in Deutschland die Abschlussprüfungen ab, bei den Handwerkskammern sind es über 300.000. Bislang müssen alle Prüfungsleistungen stets durch drei Prüfer bewertet werden. Dafür gibt es jedoch keine Notwendigkeit. Wir plädieren deshalb dafür, das Prüfverfahren zu verschlanken und künftig nur noch je zwei Prüfer einzusetzen. So könnten wir Ressourcen schonen und damit Betriebe und Ehrenamtliche entlasten – schließlich werden die Prüfer für ihre ehrenamtliche Aufgabe von den Unternehmen und Berufsschulen freigestellt.

Entschieden zurückgewiesen haben wir diese Woche die Forderung von CDU-Chefin Kramp-Karrenbauer, das **Europäische Parlament allein auf den Standort Brüssel** zu konzentrieren. Grundsätzlich ist es gut, wenn wir ein Ende des europäischen Wanderzirkus diskutieren. Allerdings ist Straßburg der wahre Sitz des Europaparlaments – und nicht die maroden Gebäude am Arbeitsort Brüssel mit einem Investitionsstau von bis zu einer Milliarde Euro Steuergeldern. Der Parlamentssitz in Straßburg ist in den EU-Verträgen fixiert und sollte – gerade aus deutscher Sicht – keinesfalls zur Disposition stehen, denn hier schlägt das deutsch-französische Herz Europas. Gerade weil die Akzeptanz europäischer Entscheidungsprozesse erkennbar bröckelt, müssen wir Europa näher zu den Menschen bringen. Straßburg ist Europas Bürgerhauptstadt und könne Garant für ein funktionierendes Europa der Regionen sein.

### **Glasfachschole in Zwiesel bleibt eigenständig**

Nach umfangreichen Informationen von Seiten des Schulleiters Wudy sowie aufgrund einem direkten Anschreibens der Landrätin Rita Röhl mit der Bitte an mich, sich für die Eigenständigkeit der Glasfachschole Zwiesel stark zu machen, fanden in der vergangenen Woche zwei persönliche Gespräche mit Kultusminister Prof. Dr. Piazzolo statt.

Im Zusammenhang mit dem für den Sommer geplanten Wechsel des langjährigen Leiters der Glasfachschole, Hans Wudy, welcher in den Ruhestand geht, kamen sorgen auf, dass künftig die Glasfachschole nicht mehr die Selbstständigkeit hat, sondern gemeinsam mit der Realschole geleitet werden solle. Gemeinsam mit Landrätin Rita Röhl suchte ich den direkten Kontakt zum Kultusministerium.

In diesen beiden Gesprächen zwischen Eibl und Piazzolo und aufgrund der Anschreiben durch Wudy und Röhl, wurde Herrn Prof. Dr. Piazzolo der Sachverhalt in der Gänze nahegebracht sowie

die Wichtigkeit der Selbstständigkeit dargelegt. In den persönlichen Gesprächen wurde ganz klar kommuniziert, dass die Glasfachschule, welche eine Sonderstellung in der bayerischen Schullandschaft habe, weiterhin selbstständig geführt werden muss.

Aufgrund der hervorragenden Leistung und Führung der Schule durch Herrn Wudy hat die Schule eine durchwegs positive Außenwirkung.

Nach Herrn Wudys Wechsel in den Ruhestand wird es einen neuen Schulleiter geben, so das Kultusministerium. Landrätin Röhrl und Abgeordneter Eibl sind erfreut über diese Zusage durch Herrn Piazzolo.

Die Glasfachschule Zwiesel hat eine besondere Bedeutung für den Landkreis. Das Einzugsgebiet der Schüler ist der komplette deutschsprachige Raum. Hier können alle Berufe rund um das Glas erlernt werden. Es ist für den Bayrischen Wald als traditionelle Glasregion enorm wichtig, eine Schule dieser Art weiterhin aufweisen zu können, denn besonders durch die Junge Generation kann ein Imagewechsel stattfinden und für Innovationen in der Branche gesorgt werden.

In der kommenden Woche wird es Gespräche zwischen mir, der Regierung von Niederbayern sowie der Schulaufsichtsbehörde geben, um das weitere Vorgehen zu besprechen.

### **Gesundheitsbonus in Bayern / Schulgeldfreiheit für Gesundheitsberufe**

die Gesundheitsberufe und mit ihnen die Berufsfachschulen für Gesundheitsberufe gewinnen nicht zuletzt aufgrund der demographischen Entwicklung immer mehr an Bedeutung. Aus diesem Grund ist es uns ein zentrales Anliegen, die Attraktivität dieser Berufe nachhaltig zu stärken und Schülerinnen und Schüler dabei zu unterstützen, ihren Ausbildungsweg erfolgreich zu meistern.

Dabei ist für uns FREIE WÄHLER klar, dass nur durch einen auskömmlichen Gesundheitsbonus die Schulgeldfreiheit an Bayerns Berufsfachschulen sichergestellt werden kann. Der Gesundheitsbonus ist damit zugleich notwendige Voraussetzung, um auch in Zukunft eine ausreichende Fachkräfteversorgung und damit eine gute und flächendeckende Versorgung der Bürgerinnen und Bürger mit Dienstleistungen des Gesundheitswesens gewährleisten zu können.

Auch wir FREIE WÄHLER sind davon überzeugt, dass dies nur gelingen kann, wenn die staatliche Bezuschussung in einer Höhe erfolgt, die es den Schulen ermöglicht, ihren Schulbetrieb sicherzustellen und weiterhin eine qualitativ hochwertige Ausbildung anzubieten.

Leider ist es uns zum jetzigen Zeitpunkt aufgrund der nicht abgeschlossenen Haushaltsverhandlungen noch nicht möglich, konkrete Aussagen zu den hierfür im Haushalt eingestellten Mitteln zu machen. Unseren Informationen nach ist zwar der Stand, der noch Mitte Februar im Raum stand, bereits überholt und wurde nochmals erhöht, jedoch handelt es sich aus unserer Sicht immer noch um einen Betrag, der nicht auskömmlich ist.

Wir können Ihnen aber versichern, dass wir uns weiterhin dafür stark machen werden, eine vollständige Finanzierung zu ermöglichen. Hier nehmen wir auch die Staatsregierung der vergangenen Legislaturperiode in die Pflicht, die noch im September 2018 den Start der Schulgeldfreiheit zu Beginn des zweiten Schulhalbjahres 2018/19 vollmundig verkündet hat. Wir werden uns dafür einsetzen, dass hieraus kein leeres Wahlversprechen wird, das nun unser Minister ausbaden soll. Denn wenn der neue Kultusminister jetzt umsetzen soll und selbstverständlich auch will, was bereits vor seiner Amtszeit versprochen wurde, so müssen aus unserer Sicht auch die hierfür benötigten Mittel bereitgestellt werden.

Wir werden uns daher auch weiterhin dafür stark machen, dass die zur Umsetzung der Schulgeldfreiheit benötigten Mittel bereitgestellt werden, und freuen uns auf die Unterstützung der Verbände, der Schulen aber auch aller betroffenen Schülerinnen und Schüler.

Euer  
Manfred Eibl

---

## Impressum

Simone Hannen  
Büroleitung  
Abgeordnetenbüro  
Am Lindberg 17  
94157 Perlesreut  
Telefon +49 8555 4058548  
Handy +49 170 9524965  
[kontakt@manfred-eibl.de](mailto:kontakt@manfred-eibl.de)

Facebook: <https://www.facebook.com/Manfred.EiblLTW2018>

---